

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Redaktion: Dr. Jungferstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Jungferstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 spaltenweitigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung nach Rabatt gemindert. Verbandsanzeigen 20 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Dresden, Montag den 28. Februar 1910.

21. Jahrg.

Str. 47.

Asquith, die Tren und die Arbeiterpartei.

Von unserem Korrespondenten.
J. S. London, 26. Februar.

Die erste Woche des neuen Parlaments ist nun zu Ende, die Rede auf die Thronrede hat das Resultat geliefert. Das auffälligste Ergebnis der Debatte ist die Tatsache, daß die Regierung über alle Wägen diktiert ist. Die Asquith hat nur ein geringes Maß an Erfolg erzielt, die Regierung hat eine sichere Mehrheit dauernd zur Verfügung, er hätte sich die Unterstützung der Tren und der Arbeiterpartei ohne jede Schwierigkeit sichern können, wenn er nur die Durchführung seines eigenen Programms geachtet hätte. Wenn die politische Lage heute so zerfahren ist, wie sie ist, wenn die liberale Partei innerlich zerfallen ist, wenn die Regierung sich selbst zu zerbrechen beginnt, dann hat es die Regierung nur sich selbst zuzuschreiben. Die Asquith hat die Regierung zum Spielball des Zufalls gemacht und ist keine Woche, ja keinen Tag ihrer Existenz sicher. Die Asquith hat die Regierung gezwungen, sich durch die Zustimmung über das Schuppoll-Kommando zu entscheiden, die der ganzen politischen Welt zum Bewußtsein gekommen ist. Die Asquith hat dieses Amendement abgelehnt worden; die Asquith hat die Regierung gezwungen, sich durch die Zustimmung über das Schuppoll-Kommando zu entscheiden, die der ganzen politischen Welt zum Bewußtsein gekommen ist. Die Asquith hat dieses Amendement abgelehnt worden; die Asquith hat die Regierung gezwungen, sich durch die Zustimmung über das Schuppoll-Kommando zu entscheiden, die der ganzen politischen Welt zum Bewußtsein gekommen ist.

allen Kräften unterstützt und in ihm den Anfang und die Grundlage einer großartigen Sozialpolitik erblickt hat, ist es nur folgerichtig, daß die Arbeiterpartei ihre eigene Stellungnahme den Fall dieses selben Budgets herbeiführt. Dann aber ist es unverkennbar, daß die Arbeiterpartei bei dem ebenen Wahlrecht baldige Neuwahlen mehr wie jede andere Partei fürchten muß. Die Tatsache, daß die Arbeiterpartei bei den letzten Wahlen kein Mandat zu behaupten vermochte, das ihnen von den Liberalen strikt gemacht wurde, daß sie also wenigstens zum Schein alle ihre Parliamentsmitglieder der Gnade der Liberalen verdankt, läßt schwer auf ihr und lähmt ihre Kampfesfreude und ihr Selbstvertrauen. Dazu kommt noch die Unsicherheit ihrer rechtlichen Lage. Die Entscheidung des Oberhauses in Sachen des Oberhauses, wonach Gemeindefunktionen keine Geldbeiträge für politische Zwecke einfordern können, ist noch immer in Kraft. Sie kann nur durch ein neues Gesetz umgestoßen werden und ein solches Gesetz hat nur dann Aussicht, das Parlament zu passieren, wenn es von der liberalen Regierung befürwortet wird. Die Arbeiterpartei ist also in dieser hochbedeutungsvollen Frage völlig von der Gnade der liberalen Regierung abhängig und wenn sie die Stütz der Liberalen ihre Aussicht gewiß nicht verbessern. Die Arbeiterpartei befindet sich, wie man sieht, in einer beispiellos schweren Lage, und was ihr jetzt am dringendsten nottut, ist die Wiedererlangung ihres Selbstvertrauens, des Glaubens, daß sie auch ohne, ja gegen die Liberalen ihre Stellung behaupten kann. Die Tren bereiten der Regierung weit größere Sorgen. Wie sehr die Tren imstande sind, die Regierung zu demütigen, das haben sie am Donnerstag, als sie sich bei der Schuppoll-Debatte die Unterstützung entzogen, bewiesen. Dadurch ist, wie eingangs erwähnt, die Mehrheit der Regierung auf 31 gesunken. Es wird unter Umständen bloß derselben Stellungnahme der Tren bei anderen Fragen bedürfen, um die Regierung zu stürzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiterpartei schon am Montag einziehen wird. Hat die Regierung auch ferner nicht den Willen, oder ist sie nicht imstande, die von den Radikalen, Tren und der Arbeiterpartei einmütig geforderten „Garantien“ dafür herbeizuschaffen, daß sie mit dem Oberhaus nun endlich verhandeln wird und auf dem Wege, dann wird in den nächsten Tagen mit einer Ministerkrise zu rechnen sein. Tatsächlich mag es heute niemand mehr, der die Regierung ein langes Leben zu prophezeien.

Die preussische Wahlbewegung.

Eine Demonstration für das gleiche Wahlrecht. — Eine Demonstration vor dem Schloß.

Eine Wahlrechtsversammlung, die mit stürmischen Kundgebungen unter den Fenstern des Kaisers eröfnete, hat den gestrigen Sonntag zu einem bedeutenden Tag in der Geschichte der deutschen Reichshauptstadt gemacht. Die Kundgebung des Handels und der Industrie, der Kunst und der Wissenschaft hatten für 12 Uhr mittags zu einer Kundgebung im Circus geladen, in der gegen die Wahlrechtsveränderung von Bismarck-Pollweg und die Beschlüsse der Wahlrechtskommission Protest erhoben werden sollte. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung war der weite Platz mit Tausenden aller Stände und Parteien überfüllt. Der Vorsitzende war von den Veranlassern beabsichtigt gewesen, neben heimischen Rednern auch einen Vertreter der Sozialdemokratie zum Worte kommen zu lassen. Dieser Plan verfiel sich aber, und an Stelle der Sozialdemokratie wurden die Nationalliberalen herangezogen. Wie immer wurden die Nationalliberalen denkwürdig, jedenfalls hat er man über diesen Frontwechsel denken mag, jedenfalls hat er man wenigstens dazu beigetragen, die Versammlung interessant zu gestalten.

Prof. v. Ditt, der die Versammlung eröffnete, richtete an die Redner und an alle Zuhörer die Bitte, alles Tren an die Reine zu lassen. Da die Nationalliberalen am 16. Februar in der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses einen Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts mit ihren Stimmen zu Fall gebracht hatten, mußte man annehmen, daß beabsichtigt war, eine Kundgebung für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu veranstalten. Nur für das geheime und direkte Wahlrecht sollte demonstriert werden, die Frage, ob gleiches oder Piratwahlrecht, wollte man aber offen lassen, um die Nationalliberalen nicht vor den Kopf zu stoßen.

Es kam aber anders, als die Veranlasser es sich gedacht hatten, nicht sie und die Redner, sondern die Versammelten selbst wählten die Richtung. Schließlich ließen sich die Einberuher selbst von der allgemeinen Stimmung geziehen, und ohne daß es zuvor zu erheblichen Störungen gekommen wäre, endete die Versammlung mit einem begeisterten Einlass.

Schon der erste Redner, der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Maurer, mußte die Erklärung machen, daß er gar nicht von dem „direkten und geheimen Wahlrecht“ reden konnte, ohne daß Punkte von Stimmern dazwischen riefen „und gleiches“. Herr Maurer erwiderte: „Wir wollen nicht demonstrieren, aber protestieren“. Herr Maurer erklärte: „Wir wollen nicht demonstrieren, aber protestieren“. Herr Maurer erklärte: „Wir wollen nicht demonstrieren, aber protestieren“. Herr Maurer erklärte: „Wir wollen nicht demonstrieren, aber protestieren“.

die dieser erste Schritt auf der schiefen Bahn zum Byzantinismus erfuhr. Etwas schärfere Worte und darum auch häufigere Zustimmung erfuhr der Führer der Berliner Jungliberalen Dr. Marwig, doch auch er ließ sich durch die Zurufe der Versammlung nicht bewegen, sich für das gleiche Wahlrecht auszusprechen, wozu er eigentlich doch durch die Beschlüsse der jungliberalen Vertretertagung von Mannheim und Hannover verpflichtet gewesen wäre.

Zwischen durch sprach der Geh. Kommerzienrat Frenzel als Vertreter von Handel und Industrie, er forderte „ein Wahlrecht, durch das wir und durchgehen können“, und als Vertreter der Wissenschaft Professor Dr. Spiegel, der mit anerkannter Entschiedenheit gegen neue Wahlrechtsprivilegien der Gebildeten Einspruch erhob: „Wir, die wir mit einem solchen privilegierten Adonsum behaftet werden sollen, protestieren dagegen auf das nachdrücklichste, oder, um ein neuerdings beliebtes Wort zu gebrauchen — wir verbitten es uns!“ Herr Wiemer, der als fünfter zu Worte kam, schien einzuklinken, daß angesichts der Haltung und des Verlaufs der Versammlung gewisse Verabredungen nicht aufrechterhalten werden könnten. Er bekannte sich für sich und seine Freunde zum gleichen Wahlrecht und gab die ihm spät gelommene Erlaubnis zum besten, daß alle großen Fortschritte in der Geschichte Preußens gegen die Konterpartien erzungen werden mußten. Er hat damit im Grunde alles bekräftigt, was Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten seiner verflochtenen Biographie nachzulegen pflegten.

Als letzter sprach Herr Raumann, der sich gleich mit seinen ersten Worten, einem entschiedenen Bekenntnis zur Gleichheit, die Zustimmung der Versammlung sicherte und dann in oratorisch glänzenden Wendungen gegen das preussische Klassenwahlrecht zu Felde zog. Er nannte dieses System das größte Hindernis des Patriotismus in Preußen und rief die Hörer zu stürmischen Zurufen des Beifalles hin durch die rühmliche Erinnerung an die Kriegszeit, erlasse doch der König seinen Aufbruch „An mein Volk“ und nicht „An die drei Klassen meines Volkes“, also dürfe es auch nicht in Friedenszeiten heißen: „Jetzt ist ihr Bürger dritter Güte!“

Nachdem Raumann unter großem Beifall geschlossen hatte, kam es zu dramatischen Szenen, in welchen die Versammlung ihren Höhepunkt erreichte. Unter allgemeiner Spannung und lautloser Stille brachte der Vorsitzende Geheimrat Prof. v. Ditt eine „von sämtlichen Rednern empfohlene“ Resolution zur Verlesung, die zunächst gegen unzureichende Reformversuche protestiert und dann im Namen einer wirklichen Reform forderte: „vor allem das direkte und geheime Wahlrecht!“

„Vor allem das direkte und geheime Wahlrecht!“ forderte. Raum waren diese Worte ausgesprochen, als ein allgemeiner Sturm ausbrach: „Und das gleiche!“ — „Und das gleiche!“ — „Hoch das allgemeine, gleiche Wahlrecht!“ — Inzwischen wird auf der Tribüne kurzer Kriegesbrat gehalten, und aus neuer erbitet sich Prof. v. Ditt Gehör. Drey aber lautet die entscheidende Stelle:

„Vor allem das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!“ Da löste sich der Widerstand in Jubel, alle Hände heben sich, und unter Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht strömte dann alles nach dem Ausgang. So endete diese bürgerliche, nur zum Teil von Sozialdemokraten beachtete Versammlung, die vielleicht die bester als viele andere gezeigt hat, daß die Waffe des Volks Leisterelei hat. Sie hatte den Veranlassern dieser Versammlung die Deutlichkeit und Bestimmtheit ihres Willens aufgedrungen, und jene waren das Beste, was sie tun konnten, wenn sie sich diesem allgemeinen Willen unterordneten. Auch die Nationalliberalen haben nicht protestiert. Da die Resolution unter Gegenprobe einstimmig angenommen wurde, scheinen die Herren Dr. Marwig und Dr. Maurer für sie oder wenigstens nicht gegen sie gestimmt zu haben.

Der Zug vor das Schloß. Die Massen, die durch das breite Portal des Juxausgebüdes hinaustraten, waren kaum dreihundert Schritte weiter gegangen, als eine Stodung eintrat. Die Bürgerstraße, der einzige Zugang zum Stadthinner, war ihrer ganzen Breite nach durch Schuppmannschaften abgsperrt. Im bürgerlichen Publikum wuchs die Besorgnis, die Arbeiter aber lammeln sich und bringen ein Hoch auf das Wahlrecht nach dem anderen aus. „Keine Streikdemonstrationen, meine Herren!“ mahnt ein englischer Bürgermann. „Ja,“ wird ihm aus der Masse geantwortet, „leben Sie nicht, daß die Polizei uns dazu zwingt!“ Während behütet und hinüber parliert wird, haben sich im Rücken des Schuppmannkorps vom Hauptplatz kommend neue Massen angeammelt, aus deren Mitte die

Wahlrechts-Parade. Umbrandet von Ruhen und Gelang begrüßt der kommandierende Polizeistrategie, daß er sich manöviert hat und befiehlt den Rückzug. Die Massen von hüben und drüben strömen in eins zusammen, die Bahn ist frei.

Durch die enge Bürgerstraße, die Spree entlang, geht es an der Barre zur Linken, zur Rechten am Tom vorbei, weiter an der rückwärtigen Front des königlichen Schlosses vorbei, dessen Wache mit dem Gemein unterm Arm, erstaut das ungewohnte Bild betrachtet. Zwei Brücken sind abgsperrt, die dritte aber ist frei, sie führt unmittelbar

auf den Schloßplatz. Unter unwillkürlichen Gefängen und Ruhen bewegt sich der Zug am historischen, von der Stadt geschnittenen Schloßbrunnen